

Citation style

Höroldt, Dietrich: review of: Sven Kriese (ed.), *Archivarbeit im und für den Nationalsozialismus. Die preußischen Staatsarchive vor und nach dem Machtwechsel von 1933*, Berlin: Duncker & Humblot, 2015, in: *Rheinische Vierteljahrsblätter*, 81 (2017), p. 409-413, DOI: 10.15463/rec.reg.934533230

First published: *Rheinische Vierteljahrsblätter*, 81 (2017)



copyright

This article may be downloaded and/or used within the private copying exemption. Any further use without permission of the rights owner shall be subject to legal licences (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

disziplinarität gefragt war und damit nicht nur das Interesse für germanische Siedlungsgeschichte, sondern auch für die damit verbundenen Wissenschaften deutlich zunahm. Hier ist eine der Wurzeln des ‚Frankenkatalogs‘ zu suchen, dessen Entstehungsgeschichte und Umsetzung Elke Nieveler ausgeleuchtet hat (Der sog. Frankenkatalog des Dr. Hermann Stoll im LVR-LandesMuseum Bonn, S. 169–182), der aber zugleich auch die ganze Ambivalenz wissenschaftlichen Arbeitens im ‚Zeitalter der Ideologien‘ verkörpert. Einerseits unschätzbare Arbeitsinstrument bis weit in die Nachkriegszeit, konnten die gesammelten Daten nicht nur unterschiedlich gedeutet werden, sondern standen zugleich der wissenschaftlichen Flankierung der NS-Eroberungspolitik zur Verfügung.

Ungeachtet der angesprochenen kleinen Einschränkungen: Mit dem hier vorliegenden, auch optisch sehr ansprechenden Tagungsband hat das LVR-Amt für Bodendenkmalpflege eine fundierte Aufbereitung der eigenen Fachvergangenheit vorgelegt, die von weit mehr als nur regionalem Interesse ist und zur Nachahmung anregen dürfte und sollte.

Heidelberg

Christian Gildhoff

SVEN KRIESE (Hg.): Archivarbeit im und für den Nationalsozialismus. Die preußischen Staatsarchive vor und nach dem Machtwechsel von 1933 (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Forschungen 12), Berlin: Duncker & Humblot 2015, 623 S. ISBN: 978-3-428-14746-5.

Die Aufsatzsammlung beginnt mit einer vergleichenden Darstellung der beiden Generaldirektoren zwischen 1933 und 1945, Albert Brackmann und Ernst Zipfel. Kriese (S. 17–94) stellt Herkunft und Ausbildung, Amtsübernahme und Schwerpunkte ihrer Tätigkeit gegenüber: Brackmann war ausgewiesener Historiker und Wissenschaftsorganisator, Zipfel ehemaliger Offizier und in der Bearbeitung von Massenakten erprobter Archivar. Beide waren parteipolitisch tätig, Brackmann bei den Deutschnationalen und Zipfel als ‚Alter Kämpfer‘ der Hitlerpartei. Dabei stimmte Brackmann durch seine revisionistische Haltung gegenüber Polen mit den Zielen der NSDAP in dieser Frage überein und hat diese Einstellung nach 1933 benutzt, um die Ostforschung weiterzubetreiben und für die Archive Vorteile zu erlangen, ohne selbst Parteimitglied gewesen zu sein. Er stellte die wissenschaftliche Arbeit der Archivare obenan, ordnete die Ausbildung und versuchte, die Archive für die Öffentlichkeit zu öffnen. Sein Nachfolger wurde nicht einer der Kandidaten Walter Franks (Willy Hoppe) oder Heinrich Himmlers (Karl August Eckhardt), sondern der nur als Zwischenlösung gedachte Nationalsozialist Ernst Zipfel. Seine Herkunft aus dem Militär machte sich positiv bei der Organisation der Auslagerung bemerkbar, da er nach dem Prinzip der ‚Auftragstaktik‘ den Leitern der Staatsarchive freie Hand ließ, negativ, indem er im Umgang mit den ‚zivilen‘ Archivaren harsche militärische Töne anschlug. Diese Tatsache sowie sein lautes ‚Tönen‘ – so nannte man damals die laute Vertretung nationalsozialistischer Parolen – haben wohl dazu geführt, dass Zipfel als einziger Archivar des Höheren Dienstes auch nach 1950 nicht wieder eingestellt wurde im Gegensatz zu anderen bekennenden Nationalsozialisten wie Wilhelm Rohr oder Otto Korn. Dabei hat die ‚Zunft‘ übersehen, dass er mit seinem Führungsstil und der Bewältigung großer Aktenmassen richtungsweisend für Aufgaben in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war. Auch ist positiv zu bemerken, dass er wie sein Vorgänger Mitarbeiter, die den NS-Vorstellungen nicht entsprachen, nach Möglichkeit gedeckt hat.

Wolfgang Neugebauer (S. 95–110) weist nach, dass die Versetzung von Carl Hinrichs 1938 vom Geheimen Staatsarchiv an das Staatsarchiv Königsberg keine politisch bedingte Strafversetzung war, sondern erfolgte, weil seine Bemühungen um den Einstieg in die Universitätslaufbahn mit den gesteigerten Anforderungen an die Archive kollidierten. Dass Hinrichs 1944 auf ein Extraordinariat an der Universität Halle berufen wurde, geschah mit Billigung der Parteikanzlei der NSDAP und ist nicht zuletzt Zeugnis dafür, dass Hinrichs bewusst Beziehungen zu Parteiedienststellen gepflegt hat.

Angelika Menne-Haritz (S. 111–141) beschreibt das Leben von Erich Posner von der Tätigkeit im Geheimen Staatsarchiv an mit seinen besonderen Verdiensten um die Ausbildung der jungen

Kollegen und in der Einführung von Behördenbesuchen. Weil er Jude war, wurde er 1935 trotz Teilnahme am Ersten Weltkrieg zwangspensioniert und ab 1938 wurde ihm wissenschaftliches Arbeiten verwehrt. Nachdem er im Zuge der Novemberpogrome sechs Wochen in einem KZ inhaftiert war, ist er im Frühjahr 1939 über Schweden in die USA emigriert. Dank seiner Verbindungen zu amerikanischen Kollegen konnte er im jungen Archivwesen der Vereinigten Staaten Fuß fassen und 1951 eine Professur an der American University in Washington antreten. Nach dem Krieg hat Posner dazu beigetragen, dass die deutschen Archivare wieder mit den ausländischen Kollegen in Verbindung treten konnten. Zu einer Stellung in der Bundesrepublik kam es allerdings nicht, obwohl ihm 1951 die Leitung des Bundesarchivs angeboten wurde. Posner lehnte ab, offenbar weil er sich als Emigrant im alten Vaterland nicht willkommen fühlte. Im Grunde gab es nach 1945 im Bürgertum Ressentiments gegenüber den Besatzungsmächten und für sie arbeitenden Emigranten. Dabei hat auch die Scham und das Unbehagen gegenüber den Verbrechen in der NS-Zeit eine Rolle gespielt, an die man nicht gern erinnert wurde. Die Autorin hebt zum Schluss die besondere Bedeutung Posners für die internationale Zusammenarbeit der Archive hervor.

Ingeborg Schnellling-Reinicke (S. 145–164) schildert im Abschnitt ‚Archive zwischen Preußen und Reich‘ die fehlgeschlagenen Bemühungen von Brackmann und Zipfel, das Reichsarchiv und alle deutschen Staatsarchive einer Reichsarchivverwaltung mit preußischer Spitze zu unterstellen. Ursache für den Fehlschlag war nicht der Widerstand der anderen Länderarchive, sondern eine Intrige von NS-Seite. Vergeblich versuchten Staatsarchive in Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg, die Ausgliederung der Heeresarchivalien in das Heeresarchiv in Potsdam zu verhindern.

Der Aufsatz von Klaus Neitmann (S. 165–190) beschäftigt sich mit der allmählichen Herauslösung des Staatsarchivs für die Provinz Brandenburg und die Reichshauptstadt Berlin aus dem zentralen Geheimen Staatsarchiv. Sie gestaltete sich schwierig, weil bis ins 18. Jahrhundert der für den Gesamtstaat zuständige Geheime Rat die kurmärkischen Angelegenheiten mitbehandelte. Erst 1883 wurde im Zuge der Einführung des Provenienzprinzips ein ‚Brandenburgisches Provinzialarchiv‘ gegründet, das aber bis nach dem Ersten Weltkrieg nur als eigene Bestandsgruppe, danach als Abteilung ohne eigenes Personal geführt wurde. Erst als die nach 1918 auftretenden Raumprobleme kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zu Überlegungen über die Zusammenlegung des Reichsarchivs und des Geheimen Staatsarchivs in einem Prachtbau an der Ost-West-Achse führten, plante Ernst Zipfel die Aufspaltung des Dahlemer Archivs in die Bestände des Reichsarchivs und der Akten der preußischen Ministerien als neues Zentralarchiv in dem Neubau der preußischen Unterlagen vor 1808 und des Provinzialarchivs. Der Ausbruch des Krieges verhinderte die Realisierung, so dass es erst nach 1945 zur Bildung eines brandenburgischen Landesarchives in Potsdam kam.

Das Schicksal der Ost- und Westpreußischen Provinzialüberlieferung steht im Mittelpunkt des Beitrages von Susanne Brockfeld (S. 191–208). Es ist deshalb besonders kompliziert, weil die Archivalien Westpreußens durch die Abtretung an Polen und die Bildung der Freien Stadt Danzig Teilungen unterworfen waren. Noch einschneidender waren die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges. Sehr unübersichtlich ist infolgedessen das Schicksal der Bestände. Größere Mengen von Unterlagen der Staats- bzw. Reichsarchive Königsberg und Danzig sind in das Zentrale Archivlager Goslar gekommen und von dort aus an Polen gegeben worden. Besonders hervorzuheben sind die Listen der ost- und westpreußischen Überlieferung im Geheimen Staatsarchiv PK (S. 197ff.).

Christoph Nonn (S. 211–220) untersucht die Beteiligung Theodor Schieders als Leiter der Landesstelle Ostpreußen der Zentralstelle für Nachkriegsgeschichte an der nationalsozialistischen Vernichtungs- und Vertreibungspolitik. Er stellt im Gegensatz vor allem zu Ingo Haar fest, dass eine bewusste Zuarbeit zur SS und Gestapo nicht erfolgte, zumal die NS-Stellen keineswegs an einem Strang zogen. „Nur mittelbar und indirekt war Schieder [...] an der [...] mörderischen NS-Politik beteiligt: Denn seine Stimme war eine in dem vielstimmigen Chorus, der eine Mentalität schuf, die eine solche Politik legitimisierte und radikalisierte“ (S. 219).

Diese Feststellung trifft auch für den Generaldirektor Albert Brackmann und die von ihm 1931 gegründete Publikationsstelle beim Geheimen Staatsarchiv Berlin-Dahlem zu. Sie sollte, wie Martin Munk (S. 259–294) schreibt, „dem Vaterland mit politischer Zielsetzung – d.h. der Revision der polnischen Grenze –, aber mit wissenschaftlicher Methode“ (S. 259) dienen. Sie dokumentierte das Schrifttum zum Problem der Ostgrenze, gab Reihenwerke und Zeitschriften heraus, informierte durch Übersetzungen deutsche Behörden und wissenschaftliche Institute und erteilte Polnischunterricht. Der wachsende Personal- und Raumbedarf bedingte 1938 den Auszug der ‚Puste‘, wie die Publikationsstelle damals genannt wurde, aus dem Geheimen Staatsarchiv. Im April 1939 wurde die Verbindung zum Archiv gelöst und die Stelle dem Reichsinnenministerium unterstellt. In den Kriegsjahren war sie Objekt von Streitigkeiten zwischen Innenministerium, Auswärtigem Amt, Propagandaministerium und der SS, die im August 1943 die ‚Puste‘ dem Reichssicherheitshauptamt unterstellte. Das hatte für die Arbeit wenig Folgen, weil sie im Januar 1944 durch Auslagerung eingeschränkt wurde. Die durch Beschlagnahme in den besetzten Ländern vergrößerten Buch- und Kartenbestände unterlagen nach Kriegsende verschiedenen Schicksalen, bis es dem ehemaligen Leiter der ‚Puste‘ Johannes Pappritz gelang, die stattlichen Reste dem Herderinstitut in Marburg zuzuführen.

Die Behinderung polnischer Archivbenutzer in den preußischen Staatsarchiven begann schon unter Brackmann und stand im Zusammenhang seiner revisionistischen Ostforschung. Stefan Lehr (S. 221–259) macht deutlich, dass dabei das gesteigerte Interesse an der jüngeren Vergangenheit eine Rolle spielte und beiderseits Bedenken wegen politischer Nachteile in den Auseinandersetzungen um die deutsch-polnischen Grenzen bestanden. Der Nichtangriffspakt von 1934 hatte eine zeitweilige Entspannung zur Folge. 1938 dehnte das Berliner Innenministerium die restriktive Praxis der preußischen Archivverwaltung auf das ganze Reich aus. Im Anhang geben Verzeichnisse mit den Anträgen von Polen an preußisch-deutsche Archive und von Deutschen an polnische Archive von 1928 bis 1939 Auskunft, welcher Antragsteller über welches Thema arbeiten wollte und ob er Einblick in die Unterlagen erhielt.

Ulrich Kober (S. 307–334) untersucht in seinem Beitrag, ob und wieweit nationalsozialistisches Gedankengut bei Übernahme und Bewertung der Neuzugänge von 1933 bis 1945 eine Rolle gespielt hat. Er kommt zu dem Ergebnis, dass es am Geheimen Staatsarchiv keine NS-konforme Bewertungspraxis gegeben hat. Verfasser stellt mit Recht die Frage, ob überhaupt eine NS-Bewertungslehre hätte erarbeitet werden können, da die NS-Ideologie abgesehen von Rasse-Gesichtspunkten keine Ansätze für eine Bewertungstheorie bot.

Der Beitrag von Annette Hennings (‚Das Staatsarchiv Münster zwischen Ariernachweisen, Sippenforschung und Rassenforschung‘, S. 295–303) beschreibt die Belastungen, die auf ein Provinzialarchiv durch die NS-Rassenforschung zukamen, obwohl die Staatsarchive keine Kirchenbücher besaßen und die Standesamtsregister bei den Standesämtern verwahrt wurden. Für die Staatsarchive ergab sich ein Problem, weil ihr Monopol auf staatliche Unterlagen durch Einrichtungen des Staates und der Partei in Frage gestellt wurde, die Zugriff auf personenbezogene Unterlagen verlangten, um sie für die geplante Gesamtkartei für die Reinerhaltung der deutschen Bevölkerung zu verwenden.

Pauline Puppel (S. 335–370) schildert die Entwicklung der Ausbildungsstätte für den höheren Archivdienst von den Vorläufern bis zum Ende in der Kriegszeit. Die Bezeichnung ‚Institut für Archivwissenschaft und geschichtswissenschaftliche Fortbildung‘ beweist, dass Albert Brackmann das ‚IfA‘ nicht nur für die Ausbildung von wissenschaftlichen Archivaren vorgesehen hatte, sondern damit auch ein Lehr- und Forschungsinstitut für angehende Hochschullehrer schaffen wollte. Von den 132 Teilnehmern haben sich nur zwölf für diese Laufbahn entschieden, immerhin sind sechs an rheinischen Universitäten ordentliche Professoren geworden: Heinrich Büttner, Edith Ennen, Paul Egon Hübinger, Theodor Schieder, Theodor Schieffer und Stephan Skalweit. Die Autorin behandelt die Stellung des IfA in der Verwaltung, Ordnung und Praxis der Ausbildung, Einzelheiten über den Unterricht, die Einführung von NS-Fächern durch Ernst Zipfel, die Erfahrungen der Kursteilnehmer und das Ende der Ausbildung nach Kriegsende.

Der Aufsatz von Mathis Leibetseder (S. 371–406) untersucht die Politik der Preußischen Archivverwaltung auf dem Gebiet der Archivpflege. Vor 1933 bestand ein Zusammenwirken der Staatsarchive mit den Provinzialverbänden und den Historischen Kommissionen bei der Betreuung der kommunalen, kirchlichen und privaten Archive. Nach 1918 wurde damit begonnen, durch Besuche der staatlichen Archivare und die Einsetzung von Archivpflegern mit der Pflege des nichtstaatlichen Archivgutes zu beginnen, ergänzt Ende der zwanziger Jahre durch Archivberatungsstellen in Schleswig-Holstein, Westfalen und in der Rheinprovinz, die finanziell von den Provinzialverbänden getragen wurden. Nach 1933 ergaben sich neue Verhältnisse. Die Tendenz der Nationalsozialisten zum Führerstaat verstärkte bei dem Generaldirektor der Archive die Neigung, die Pflege des nichtstaatlichen Archivgutes den Staatsarchiven zu unterstellen. Zwar gelang es, die Staatsarchivdirektoren als Leiter der Archivberatungsstellen durchzusetzen, aber im Wesentlichen blieben die kommunalen Beratungsstellen selbständig<sup>1</sup>. In der Rheinprovinz führte der Versuch, die Archivberatungsstelle dem Staatsarchiv zu unterstellen, zu einem offenen Konflikt zwischen dem Direktor des Staatsarchiv Düsseldorf Bernhard Vollmer und dem Leiter der Archivberatungsstelle Wilhelm Kisky, in dem dieser mit Hilfe des Provinzialverbandes erreichen konnte, dass er erst 1943 und auch nur nominell dem Direktor des Staatsarchivs Koblenz unterstellt wurde<sup>2</sup>.

Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs stellte sich für die Archivare als vordringliche Aufgabe der Schutz des Archivgutes vor Kriegsschäden. Johannes Kistenich-Zerfass berichtet (S. 407–476), wie man in den ersten Kriegsjahren von Verlagerungen Abstand nahm, weil man die Gefährdung durch Transportschäden sowie ungeeignete und ungesicherte Lagerungsorte für größer hielt als eine solche durch Luftangriffe. Diese Einstellung wurde vom Generaldirektor Zipfel geteilt, bis sich im Frühjahr 1942 die akute Gefährdung durch Luftangriffe abzeichnete. Von da an drängte Zipfel auf die Sicherstellung durch Auslagerung. Die Initiative und Verantwortung vor Ort überließ er den jeweiligen Leitern der staatlichen Archive, hielt sich aber durch Reisen und Berichte auf dem Laufenden, förderte Erfahrungsaustausch und beseitigte Schwierigkeiten mit Behörden und Dienststellen. Zunächst dienten Schlösser, Klöster und ähnliche Bauten als Auslagerungsorte, später Salz- und vereinzelt Kohlebergwerke, weil sie größere Sicherheit boten. Durch das Nahen der Fronten ab Herbst 1944 wurden häufige Umlagerungen notwendig. Eine Karte zeigt Ziele und Umfang der Verlagerungen. Im Ganzen war die Sicherstellung erfolgreich: 170 laufende Kilometer Akten, d.h. 70 % der Bestände der preußischen Staatsarchive, wurden auf diese Weise erhalten; die Verluste beim Transport und vor Ort fallen dagegen trotz des Untergangs eines Main-Kahnes mit 25 Tonnen Archivgut des Staatsarchivs Düsseldorf nicht ins Gewicht. Begleitet wurde die Sicherung durch Auslagerung durch Verfilmung besonders wertvoller Materialien wie Findbücher.

Das Ende des preußischen Staates hatte bereits in der NS-Zeit durch die Ausschaltung der Länder begonnen. Vollendet wurde es durch den Zusammenbruch 1945, so dass das Geheime Preußische Staatsarchiv seit 1945 ein ‚Staatsarchiv ohne Staat‘ ist, wie Jürgen Klosterhuis seinen Beitrag über die Entwicklung des Hauses von 1945 bis 1947 überschrieben hat (S. 479–599). Er schildert anschaulich die „Chaostage“ nach der Besetzung durch die Rote Armee, die Verluste durch einen Großbrand und Plünderungen, die Schäden am Gebäude und die Wiederaufnahme der Arbeit durch die verbliebenen Kräfte. Wie unsicher die Personallage war, wird daran deutlich, dass das Archiv von Mai 1945 bis November 1947 fünf Leiter, davon vier im Jahre 1945, gehabt hat. Besondere Schwierigkeiten ergaben sich dadurch, dass das Archiv im amerikanischen Sektor lag. Das verhinderte, die in Schächten

<sup>1</sup> S. den Beitrag von Annette Hennings in diesem Band über die Verhältnisse in der Provinz Westfalen und von Ulrike H ö r o l d t, Die Gründung der Archivberatungsstelle der preußischen Provinz Sachsen im Spannungsfeld staatlicher und kommunaler Interessen, in: *Historiker und Archivar im Dienste Preußens. Festschrift für Jürgen Klosterhuis*, Berlin 2015, S. 593–623, über die Provinz Sachsen.

<sup>2</sup> Klaus Wisotzky, Der Vollmer-Kisky-Streit. Nicht nur ein Kapitel rheinischer Archivreise, in: *Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein* 210 (2007), S. 199–219.

im sowjetischen Sektor um Magdeburg ausgelagerten Bestände zurückzuholen. Da die Begriffe ‚Geheim‘ und ‚Preußen‘ nach 1945 obsolet waren, musste eine neue Bezeichnung gefunden werden. Nach längerer Diskussion einigte man sich im Februar 1946 zunächst auf ‚Hauptarchiv für Behörden Akten‘, 1947/48 auf ‚Berliner Hauptarchiv‘. 1951/52 stellte der Zusatz ‚Vormals Preußisches Geheimes Staatsarchiv‘ einen Hinweis auf die jahrhundertealte Tradition dar. Erst 1963 wurde mit der Übernahme durch die Stiftung Preußischer Kulturbesitz die alte Bezeichnung ‚Geheimes Staatsarchiv‘ wiedereingeführt. Ein ausführlicher Dokumenten-Anhang ergänzt und veranschaulicht das Geschehen in den ersten beiden Nachkriegsjahren.

Bonn

Dietrich Höroldt

HELMUT RÖNZ, MARKUS GESTIER (Hg.): „Herr Hitler, ihre Zeit ist um!“ Widerstand an der Saar 1935–1945 (Malstatter Beiträge aus Gesellschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur), St. Ingbert: Conte 2016, 356 S. ISBN: 978-3-95602-052-0.

In der Erforschung des Widerstandes an der Saar gegen die nationalsozialistische Herrschaft hat der Landschaftsverband Rheinland (LVR), unterstützt von der Union Stiftung Saarbrücken, neue Materialien erschlossen und in der Dokumentation der Ergebnisse neue Wege beschritten. Im Mai 2014 veranstalteten die beiden Institutionen in Saarbrücken eine gemeinsame Tagung, auf der die Resultate des seit 2011 laufenden Forschungsprojekts bilanziert und resümiert wurden. Aus dieser Veranstaltung ging das vorliegende Buch hervor, dessen Titelzitat leider nicht an einer exponierten Textstelle zu finden ist. Handelte es sich um eine verfrühte oder späte Prognose, die der euphorische Ausruf enthält? Eine weitere Anmerkung zum Titel: Da das Buch die Jahre des Abstimmungskampfes umfassend in die Darstellung einbezieht, ist die zeitliche Eingrenzung auf den Widerstand im ‚Dritten Reich‘ zu eng gegriffen, zumal es eine personelle Kontinuität von den Anschlussgegnern zur Opposition gegen die Hitlerdiktatur gab.

Die zehn Beiträge des Buches sind nach Inhalt und Duktus recht heterogen, jedoch durchweg sachkundig geschrieben. Die Herausgeber beabsichtigen, sowohl die großen Linien der Widerstandsaktivitäten zu charakterisieren als auch neue aussagekräftige Fälle vorzustellen. Insgesamt sind im LVR-Portal Rheinische Geschichte mehr als 500 ‚Saarfälle‘ kartographisch und tabellarisch dokumentiert. Einige davon werden von Helmut Rönz, der zusammen mit Alena Saam in das Forschungsprojekt einleitet (S. 11–45), exemplarisch beschrieben. Im Wesentlichen befasst sich die Einleitung in Fortführung älterer Unterscheidungen mit Fragen und Problemen der Kategorisierung und sozialen Differenzierung der Widerstandsformen. Ohne moralische Bewertung wird zwischen Nonkonformität, Verweigerung, öffentlichem Protest und Umsturzversuch unterschieden. Im Landesarchiv Saarbrücken wurden rund 21.000 Wiedergutmachungs- und Entschädigungsakten auf ihre thematische Relevanz hin überprüft, darüber hinaus die üblichen Quellen und Bestände ausgewertet. Die Einleitung skizziert die Ergebnisse im Hinblick auf die soziale Differenzierung des Widerstandes, verweist auf die Arbeiter als größte Gruppe der Oppositionellen, auf die besondere Rolle von Akademikern im konfessionellen Widerstand sowie auf Stadt-Land und geschlechterspezifische Unterschiede. Ein weiteres Resultat ist die Feststellung einer schlechteren Bewertung der Anträge von Frauen auf Wiedergutmachung als Naziverfolgte durch die nach Kriegsende eingerichteten Entschädigungsämter.

Martin Schlemmer eröffnet die Reihe der Einzelbeiträge mit einer Beschreibung der politischen und gesellschaftlichen Lage des Saargebietes vor der Volksabstimmung vom 13. Januar 1935 (S. 47–83). Er stellt die Bedeutung zeitgenössischer Sehweisen und Dispositionen heraus: die Ablehnung der Status quo-Bewegung durch den Trierer Bischof Bornewasser, die in dem Slogan *Deutsche Mutter – Heim zu Dir!* artikulierte nationale Orientierung, die Beschimpfung der Anschlussgegner als *Saar-Franzosen*, die Inszenierung von Massenchoreographien der Nationalsozialisten bei den großen Saarkundgebungen am Niederwalddenkmal bei Rüdeshim (1933) und auf Ehrenbreitstein bei Koblenz (1934). Schlemmer plädiert für eine Beurteilung der Zeit nach heutigen Wertmaßstäben und weist eine Erklärung des Abstimmungsergebnisses aus dem Druck der nationalsozialistischen Diktatur als